

Entschädigungssatzung der Gemeinde Schkopau

Präambel

Aufgrund der §§ 8 und 35 Absatz 2 Satz 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA Nr. 12/2014 vom 26.06.2014, Seite 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2019 (GVBl. LSA, Seite 66), und der Verordnung über die Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit in den Kommunen (Kommunal-Entschädigungsverordnung KomEVO) vom 29.05.2019 (GVBl. LSA Nr. 13/2019 vom 07.06.2019, Seite 116), zuletzt geändert durch Verordnung zur Änderung der KomEVO vom 08.05.2020 (GVBl. LSA Nr. 17/2020 vom 12.05.2020, Seite 239), hat der Gemeinderat der Gemeinde Schkopau in seiner Sitzung am 02.03.2021 folgende Entschädigungssatzung beschlossen.

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung regelt die Aufwandsentschädigung für:
 - Mitglieder des Gemeinderates
 - Mitglieder der Ausschüsse
 - Fraktionsvorsitzende
 - Ortsbürgermeister
 - Mitglieder der Ortschaftsräte
 - sonstige ehrenamtlich tätige Bürger in kommunalen Vertretungen
 - sonstige ehrenamtlich tätige Bürger
- (2) Die Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und der Wasserwehr werden gesondert geregelt.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) Entschädigungen im Sinne dieser Satzung sind die Aufwandsentschädigung, das Sitzungsgeld und der Ersatz des Verdienstausfalles.
- (2) Die Aufwandsentschädigung ist der pauschalierte Ersatz der notwendigen baren Auslagen und sonstigen persönlichen Aufwendungen, die sich aus der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen unvermeidbaren besonderen Verpflichtung ergeben.
- (3) Ehrenamtliche Tätigkeiten im Sinne dieser Satzung sind kommunale Ehrenämter und sonstige ehrenamtliche Tätigkeiten für die Kommune oder den Zweckverband.

- (4) Sitzungsgeld ist der Betrag, der anlassbezogen pro Sitzung und Tag bei einer Teilnahme an den Sitzungen ausgezahlt wird.

§ 3

Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Mitglieder des Gemeinderates der Gemeinde Schkopau (Gemeinderäte) erhalten eine monatliche Pauschale in Höhe von 150,00 Euro.
- (2) Darüber hinaus erhält der Vorsitzende des Gemeinderates eine zusätzliche monatliche Pauschale in Höhe von 300,00 Euro.
- (3) Es besteht kein Anspruch auf Zahlung von Sitzungsgeld.
- (4) Mitglieder des Gemeinderates sind berechtigt, an allen Sitzungen der Ausschüsse der Vertretung, denen sie nicht als Mitglieder angehören, als Zuhörer teilzunehmen. In diesem Fall steht ihnen kein Anspruch auf Auslagenersatz, Ersatz des Verdienstausfalles und Aufwandsentschädigung zu.

§ 4

Ausschüsse des Gemeinderates

- (1) Vorsitzende von Ausschüssen des Gemeinderates der Gemeinde Schkopau erhalten eine zusätzliche monatliche Pauschale in Höhe von 150,00 Euro, es besteht kein Anspruch auf Zahlung von Sitzungsgeld.
- (2) Obliegt der Vorsitz eines Ausschusses dem Hauptverwaltungsbeamten, entfällt der Anspruch auf Zahlung der Pauschale für die Vorsitzfunktion.
- (3) Für Mitglieder der Ausschüsse besteht kein zusätzlicher Anspruch auf Zahlung von monatlichen Pauschalen oder Sitzungsgeld.
- (4) Sachkundige Einwohner, die zu Mitgliedern beratender Ausschüsse bestellt wurden, erhalten für die Teilnahme an Sitzungen in den Ausschüssen ausschließlich ein Sitzungsgeld von 17,00 Euro je Sitzung und Tag. Es besteht kein Anspruch auf Zahlung einer monatlichen Pauschale.

§ 5

Fraktionen

- (1) Vorsitzende von Fraktionen erhalten eine zusätzliche monatliche Pauschale in Höhe von 150,00 Euro.
- (2) Es besteht kein Anspruch auf Zahlung von Sitzungsgeld.

§ 6
Ortsbürgermeister der Ortschaften

- (1) Die ehrenamtlichen Ortsbürgermeister in der Gemeinde Schkopau erhalten eine monatliche Pauschale wie folgt:

Ortsteil	Einwohnerzahl zum 30.06.2018	monatliche Pauschale
Burgliebenau	414	190,00 Euro
Döllnitz	1.201	380,00 Euro
Ermlitz	1.580	380,00 Euro
Hohenweiden	813	280,00 Euro
Knapendorf	487	190,00 Euro
Korbetha	270	190,00 Euro
Lochau	1.045	380,00 Euro
Luppenau	489	190,00 Euro
Raßnitz	1.058	380,00 Euro
Röglitz	285	190,00 Euro
Schkopau	2.806	480,00 Euro
Wallendorf (Luppe)	735	280,00 Euro

- (2) Es besteht kein Anspruch auf Zahlung von Sitzungsgeld.

§ 7

Mitglieder der Ortschaftsräte der Ortschaften

- (1) Die Mitglieder der Ortschaftsräte erhalten eine monatliche Pauschale wie folgt:

Ortsteil	Einwohnerzahl zum 30.06.2018	monatliche Pauschale (Höchstbeträge)
Burgliebenau	414	24,00 Euro
Döllnitz	1.201	38,00 Euro
Ermlitz	1.580	45,00 Euro
Hohenweiden	813	31,00 Euro
Knapendorf	487	24,00 Euro
Korbetha	270	24,00 Euro
Lochau	1.045	38,00 Euro
Luppenau	489	24,00 Euro
Raßnitz	1.058	38,00 Euro
Röglitz	285	24,00 Euro
Schkopau	2.806	53,00 Euro
Wallendorf (Luppe)	735	31,00 Euro

- (2) Es besteht kein Anspruch auf Zahlung von Sitzungsgeld.
- (3) Die Ortsbürgermeister erhalten neben der monatlichen Pauschale nach § 6 dieser Satzung keine monatliche Pauschale als Mitglied eines Ortschaftsrates.

§ 8

Verdienstausfall der ehrenamtlich tätigen Einwohner

- (1) Auf Antrag wird den ehrenamtlich tätigen Einwohnern der nachgewiesene Verdienstaussfall erstattet. Der Ersatz des Verdienstaussfalls darf 19,00 Euro je Stunde nicht übersteigen. Ein Anspruch auf Erstattung des Verdienstaussfalles besteht nur, wenn dieser auch durch die Wahrnehmung der Aufgaben des Ehrenamtes entstanden ist.
- (2) Arbeitnehmer erhalten den nachgewiesenen Bruttoverdienstaussfall einschließlich Arbeitgeberanteil der Sozialversicherungsbeiträge erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird. Die Gemeinde kann die Erstattung unmittelbar mit dem Arbeitgeber regeln.
- (3) Selbstständigen wird auf Antrag der durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstandene und glaubhaft gemachte Verdienstaussfall ersetzt.
Der Ersatz des Verdienstaussfalls darf 19,00 Euro je Stunde nicht übersteigen.
- (4) Erwerbstätigen Personen und Selbstständigen, die die Höhe des Verdienstaussfalles nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, wird auf Antrag Verdienstaussfall abweichend von den Absätzen 1 bis 3 in Form eines pauschalen Stundensatzes ersetzt (Verdienstaussfallpauschale). Die Verdienstaussfallpauschale darf 19,00 Euro je Stunde nicht übersteigen.
- (5) Personen, die keinen Verdienst haben, denen aber durch die für die ehrenamtliche Tätigkeit aufgewendete Zeit ein Nachteil entsteht, wird auf Antrag eine angemessene Pauschale in der Form eines Stundensatzes gewährt. Diese darf die Verdienstaussfallpauschale in Höhe von 19,00 Euro je Stunde aus Absatz 4 nicht übersteigen.

§ 9

Auslagen der ehrenamtlich tätigen Einwohner

- (1) Gemäß § 35 Absatz 2 Satz 2 des KVG LSA ist der Anspruch auf Ersatz von Auslagen mit der Gewährung der Aufwandsentschädigung abgegolten. Dies gilt nicht für Dienstreisekosten außerhalb des Dienst- oder Wohnortes (siehe § 10 der Entschädigungssatzung der Gemeinde Schkopau) sowie für zusätzliche Kosten für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen.
- (2) Notwendige Auslagen für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen können frühestens im auf die Entstehung folgenden Monat erstattet werden. Die Erstattung ist schriftlich zu beantragen. Dem Antrag sind Belege beizufügen.

§ 10

Reisekosten der ehrenamtlich tätigen Einwohner

- (1) Für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderates der Gemeinde Schkopau und für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse des Gemeinderates der Gemeinde Schkopau wird eine Wegstreckenentschädigung gewährt.
- (2) Anspruch auf diese Wegstreckenentschädigung haben:
 - Mitglieder des Gemeinderates
 - Ortsbürgermeister, die nicht Mitglied des Gemeinderates sind
 - sachkundige Einwohner, die an Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen, in die sie berufen sind
 - Einwohner, die vom Gemeinderat in Verbände entsandt werden und an Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse teilnehmen.
- (3) Die Wegstreckenentschädigung wird nur auf Antrag gewährt. Zur Geltendmachung der Reisekosten hat durch den ehrenamtlich Tätigen mittels Unterschriftenleistung ein entsprechender Vermerk in der Anwesenheitsliste der jeweiligen Sitzung zu erfolgen. Wurde dieser Vermerk in der Sitzung nicht vorgenommen, ist im Nachgang zur Geltendmachung der Reisekosten der Antrag auf Gewährung einer Wegstreckenentschädigung (Anlage 1) der Entschädigungssatzung der Gemeinde Schkopau zu verwenden.
- (4) Für Dienstreisen außerhalb des Dienst- oder Wohnortes, sowie Fahrten im Zuständigkeitsbereich der Vertretung oder eines Ausschusses besteht ein Anspruch auf Erstattung von Reisekosten, soweit die nachfolgenden Voraussetzungen vorliegen:
 - die Dienstreise oder Fahrt ist durch die Ausübung des Mandates begründet
 - der Vorsitzende des Gemeinderates oder ein Ausschuss hat zugestimmt
 - entsprechende Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.
- (5) Die Zustimmung des Vorsitzenden des Gemeinderates gemäß Absatz 4 hat schriftlich oder elektronisch zu erfolgen und gilt nur für den jeweiligen Einzelfall.
- (6) Die Vergütung der Reisekosten richtet sich nach dem § 5 Absatz 1 Satz 2 des Bundesreisekostengesetz (BRKG). Die Wegstreckenentschädigung beträgt bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges 20 Cent je Kilometer.
- (7) Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 des BRKG erlischt der Anspruch auf Reisekostenvergütung, wenn sie nicht innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Beendigung der Dienstreise schriftlich oder elektronisch beantragt wird.
- (8) Gemäß § 35 Absatz 2 Satz 6 des KVG LSA haben in ein Ehrenamt Berufene Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrtkosten zum Sitzungsort, höchstens jedoch in Höhe der Kosten der Fahrt von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück.

- (9) Sonstigen ehrenamtlich Tätigen wird Wegstreckenentschädigung nach Maßgabe des § 5 Absatz 1 Satz 2 des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) gewährt, soweit die nachfolgenden Voraussetzungen vorliegen:
- die Dienstreise oder Fahrt ist durch die Ausübung der sonstigen ehrenamtlichen Tätigkeit begründet
 - die Dienstreise oder Fahrt wurde im Vorfeld beantragt und genehmigt
 - die Dienstreise oder Fahrt ist ortsteilbezogen
 - entsprechende Haushaltsmittel stehen zur Verfügung

§ 11

Verlust des Anspruchs im Verhinderungsfall

- (1) Dieser Paragraph regelt den Verlust des Anspruchs auf Zahlung von Aufwandsentschädigung im Verhinderungsfall.
- (2) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als drei Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf Zahlung der Aufwandsentschädigung für die über diese drei Monate hinausgehende Zeit.
- (3) Im Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Gemeinderates für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als drei Monaten, wird dem Stellvertreter für die über drei Monate hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung in der Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt. Die Aufwandsentschädigungen dürfen, auch soweit sie im Verhinderungsfall nebeneinander gewährt werden, insgesamt die Höhe derjenigen des Vertretenen nicht übersteigen.
- (4) Im Fall der Verhinderung des Vorsitzenden eines Ausschusses für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als drei Monaten, wird dem Stellvertreter für die über drei Monate hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung in der Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.
- (5) Im Fall der Verhinderung des Vorsitzenden einer Fraktion für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als drei Monaten, wird dem Stellvertreter für die über drei Monate hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung in der Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.
- (6) Ortsbürgermeistern wird keine Aufwandsentschädigung gezahlt, solange ihnen die Führung der Dienstgeschäfte verboten ist oder sie vorläufig des Dienstes enthoben wurden.
- (7) Abweichend hiervon entfällt der Anspruch auf Zahlung der Aufwandsentschädigung für Ortsbürgermeister bereits nach einem zusammenhängenden Zeitraum von einem Monat für die über diesen Monat hinausgehende Zeit.
- (8) Der Anspruch auf Zahlung der Aufwandsentschädigung für sonstige ehrenamtlich Tätige entfällt bei Nichtausübung des Amtes nach einem zusammenhängenden Zeitraum von drei Monaten für die über diese drei Monate hinausgehende Zeit.

- (9) Im Fall der Verhinderung des Ortsbürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als einem Monat, wird dem Stellvertreter für die über diesen einen Monat hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt.
- (10) Entsteht oder fällt der Anspruch während eines Kalendermonates, wird die pauschalisierte Aufwandsentschädigung gekürzt. Für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, erfolgt die Kürzung um ein Dreißigstel der monatlichen Pauschale. Bei den dabei entstandenen Summen sind Beträge nach dem Komma zwischen 0 und 49 Cent auf volle Euro nach unten abzurunden. Beträge nach dem Komma zwischen 50 und 99 Cent sind auf volle Euro nach oben aufzurunden.

§ 12

Entschädigung für sonstige ehrenamtliche Tätigkeiten

- (1) Bei sonstigen ehrenamtlichen Tätigkeiten handelt es sich um die unentgeltliche Mitwirkung bei kommunalen Angelegenheiten insbesondere im Bereich der freiwilligen Aufgaben. Die Ausübung der Tätigkeiten kann unterstützend in den Bereichen der Seniorenarbeit, in Bücherstuben und bei der Erarbeitung der Ortschroniken erfolgen. Voraussetzung hierfür ist, dass noch kein Beschäftigter der Gemeinde Schkopau im jeweiligen Ortsteil diese Aufgabe wahrnimmt. Weitere, hier nicht benannte ehrenamtliche Tätigkeiten können nach einer Prüfung ermöglicht werden.
- (2) Die sonstige ehrenamtliche Tätigkeit ist ortsteilbezogen. Pro Ortsteil werden bis zu zwei sonstige ehrenamtlich Tätige durch Beschluss des jeweiligen Ortschaftsrates benannt. Im Anschluss daran erfolgt durch den Bürgermeister die Berufung in das Ehrenamt.
- (3) Der Ortschaftsrat beschließt die Höhe der Entschädigung. Für die sonstige ehrenamtliche Tätigkeit stehen pro Monat und Ortsteil 40,00 Euro zur Verfügung.
- (4) Inhalt und Umfang der sonstigen ehrenamtlichen Tätigkeit werden in einer gemeinsamen Vereinbarung festgelegt.
- (5) Eine Berufung in ein Ehrenamt nach § 12 dieser Satzung darf nur erfolgen, wenn die jeweilige Haushaltssatzung entsprechende finanzielle Mittel vorsieht.

§ 13
Zahlung und Fälligkeit der Aufwandsentschädigung

- (1) Die Zahlung der Aufwandsentschädigungen erfolgt bargeldlos auf ein vom ehrenamtlich Tätigen zu benennendes Konto.
- (2) Die Pauschalen werden im Voraus zum Monatsersten für den laufenden Monat gezahlt.
- (3) Sitzungsgelder werden monatlich abgerechnet und am Monatsersten rückwirkend gezahlt. Die Zahlung von Sitzungsgeldern erfolgt nur für die protokollarisch nachgewiesene Anwesenheit. Ein Protokoll ist immer vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.
- (4) Zustehende Reisekosten werden nach Antragseingang mit der Zahlung der monatlichen Pauschalen am Monatsersten rückwirkend gewährt.
- (5) Besteht Anspruch auf Zahlung einer Pauschale für Vertretungstätigkeit, wird diese Pauschale nachträglich am Monatsersten rückwirkend gezahlt.
- (6) Besteht Anspruch auf Zahlung von Auslagen, werden diese nachträglich am Monatsersten rückwirkend gezahlt.

§ 14
Steuerliche Behandlung

- (1) Für die Versteuerung der Entschädigung nach dieser Satzung gelten die Vorschriften des Einkommenssteuergesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung.
- (2) Im Januar werden für das vorhergehende Kalenderjahr Jahressteuerbescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt erstellt. Diese werden an alle ehrenamtlich Tätigen gesendet, die auf Basis dieser Satzung Entschädigung erhalten haben.

§ 15
Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 16
Inkrafttreten

- (1) Alle den § 12 zur Regelung von sonstigen ehrenamtlichen Tätigkeiten betreffenden Satzungsinhalte treten ab dem 01.01.2022 in Kraft.
- (2) Die übrigen Satzungsinhalte treten rückwirkend zum 01.07.2019 in Kraft.
- (3) Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung der Gemeinde Schkopau vom 14.08.2014 außer Kraft.

Schkopau, den

.....
Ringling
Bürgermeister

Siegel

**Antrag auf Gewährung einer Wegstreckenentschädigung
gemäß § 10 der Entschädigungssatzung vom 02.03.2021
(Anlage 1)**

Name:

Zeitraum:

lfd. Nr.	Datum	gefahrte Kilometer	Reiseroute	Anlass

Gemäß § 5 Absatz 1 Satz 2 des BRKG beträgt die Wegstreckenentschädigung 0,20 Euro je Kilometer.

Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 des BRKG erlischt der Anspruch auf Reisekostenvergütung, wenn sie nicht innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Beendigung der Dienstreise schriftlich oder elektronisch beantragt wird.

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der gemachten Angaben.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift